

Helmut Spitzley

Vom Unsinn der Arbeitszeitverlängerung Blickwende in die Zukunft der Arbeit

In der Krise von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sehen sich immer mehr Menschen als Opfer von unbeeinflussbaren Verhältnissen. Sie fühlen sich ohnmächtig und der Chance beraubt, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen selbst zu bestimmen. Auch die Politik scheint hilflos und die Spirale nach unten nur weiter zu verstärken. Eine Blickwende kann helfen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und dem Diskurs um die Zukunft der Arbeit neue Perspektiven zu öffnen.

1. Wir leben in einer historisch einmalig reichen Gesellschaft

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Deutschland von Kriegen verschont geblieben. Unser Land wurde von unseren Eltern aufgebaut und wir erben die Früchte dieser Leistung. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts werden in Deutschland mehr als zwei Tausend Milliarden Euro (2 200 000 000 000 Euro) vererbt. Unsere Gesellschaft verfügt damit über ein materielles Wohlfundament, das es auf einem solch hohen Niveau in der Geschichte noch niemals gegeben hat.

Und es geht weiter: Selbst wenn das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr „nur“ bei 0,5 Prozent liegt, bedeutet dies, dass wir die Produktionsrekorde der letzten Jahre toppen. Selbst Nullwachstum bedeutet Produktion auf Rekordniveau. Auf das ererbte Reichtumsfundament setzen wir also Jahr für Jahr neue Gütermengen, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Jahr für Jahr arbeiten wir effektiver. In immer kürzerer Zeit und mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft kann immer mehr hergestellt werden. Um 1 kg Brot kaufen zu können, musste 1960 durchschnittlich 20 Minuten gearbeitet werden. Heute reicht die Hälfte der Arbeitszeit. Bei Butter oder Zucker verkürzte sich die notwendige Arbeitszeit sogar auf ein Sechstel.

2. Wohlstand umfasst beides: Geld und Zeit

Wohlstand bedeutet mehr als materiellen Reichtum. Wer sein eigenes Leben betrachtet, in die Familie hinein schaut und mit KollegInnen und FreundInnen spricht, stellt fest, dass die Zeitnot wächst: Stress in der Arbeit, Arbeit ohne Ende und übervolle Wochenenden sind nur einige Stichworte. Offenbar arbeiten viele Menschen zu viel und zu lange. Gleichzeitig sind andere von der Beteiligung an Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen ausgeschlossen.

Wurde in der Folge von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsgewinnen die durchschnittliche Arbeitszeit wirklich kürzer? Für viele scheint dies nicht zu gelten. Typisches

Beispiel: Wenn in 1960 der Mann beispielsweise 44 Stunden pro Woche erwerbstätig war und die Frau ihre Leistungen auf Haushalt und Kinder konzentrierte, betrug die Erwerbsarbeitszeit von Mann und Frau zusammengenommen: 44 Wochenstunden. Eine Generation später hatten die Gewerkschaften eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 38 Wochenstunden durchgesetzt. Gleichzeitig begannen viele Frauen parallel zu Haushalt und Kindererziehung ebenfalls erwerbstätig zu sein, überwiegend in Teilzeit. Die Erwerbsarbeitszeit eines durchschnittlichen Paares beträgt nun $38 + 20 = 58$ Wochenstunden. Die Erwerbsarbeitszeit von Mann + Frau liegt also mit 58 Wochenstunden (falls beide vollzeit berufstätig sind sogar mit 78 Wochenstunden) deutlich höher als in der Generation unserer Eltern.

Da Männer bislang ihre Arbeitszeit kaum und keinesfalls im gleichen Umfang reduziert haben, wie Frauen ihre Erwerbsarbeitszeit ausdehnten, ist heute die Nachfrage nach Arbeitsplätzen weit höher als früher. „Vollbeschäftigung“ muss daher neu definiert werden. In der gegenwärtigen öffentlichen Debatte wird die Zeitnot vieler Menschen und ihre Bereitschaft, Geld gegen Zeit zu tauschen, systematisch ausgeblendet. In einer europaweit durchgeführten repräsentativen Umfrage führte die Frage: „Wie viele Stunden pro Woche möchten Sie arbeiten – vorausgesetzt, dass Sie (und ihr/e Partner/in) ihre Arbeitszeit frei wählen könnten und wenn sie daran denken, ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen?“ zum Ergebnis, dass 35 vH der Befragten mit ihrer tatsächlichen Arbeitszeit zufrieden ist, 11 vH würden gerne länger arbeiten, aber 49 vH möchten ihre Arbeitszeit verkürzen - auch angesichts von Einkommensminderungen. Per Saldo wird eine im Durchschnitt 5 Stunden pro Woche kürzere reale Arbeitszeit angestrebt.

3. Vollbeschäftigung „zu den alten Bedingungen“ nicht erreichbar

Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen (wegen des fortlaufenden Produktivitätsanstiegs) nur dann, wenn die Wirtschaft jährlich um etwa 2 Prozent wächst. Um die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit abzubauen und allen Erwerbsarbeit suchenden Menschen Jobangebote machen zu können, müsste die Wirtschaft sogar über Jahre hinweg um 4, 5 oder 6 Prozent wachsen. Solch hohe Wachstumsraten waren ausgehend von einem extrem niedrigen Niveau in der Aufbauphase nach dem Krieg üblich. Unter den Bedingungen einer weitgehend gesättigten Wirtschaft sind diese Wachstumsraten aber völlig illusorisch. Weder sind sie erforderlich, um den materiellen Reichtum unserer Gesellschaft zu sichern, noch wirtschaftspolitisch erreichbar. Ob sie auf Dauer umweltverträglich sein könnten, ist fraglich. Es kommt daher einer Lebenslüge gleich, wenn Politik und Gesellschaft sich der Illusion hingeben, allein mit Wirtschaftswachstum ließe sich die gegenwärtige Erwerbsarbeitslosigkeit überwinden.

Die Alternative lautet grundsätzlich anders: Entweder wir akzeptieren weiterhin hohe und wahrscheinlich sogar wachsende Massenarbeitslosigkeit mit den damit verbundenen negativen ökonomischen, sozialen und politischen Folgen oder wir definieren Arbeit grundsätzlich neu und verteilen sie fair auf alle Erwerbsarbeit suchende Menschen.

Berechnungen von Hartmut Seifert (WSI) zeigen denn auch, dass im internationalen Vergleich die Länder beschäftigungspolitisch erfolgreich sind, die kurze Arbeitszeiten haben. Nirgendwo in Europa arbeiten die Beschäftigten so kurz wie in den Niederlanden. Dort lag die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Teilzeitarbeit) bei nur 29,5 Stunden gegenüber 35,5 Stunden im Durchschnitt der 15 EU-Länder. Gleichzeitig wies in den Niederlanden die Arbeitslosenquote mit 3,2 Prozent (nach Luxemburg) den niedrigsten Wert in der EU auf, während der Durchschnittswert bei 8,0 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Dänemark. Hier arbeiten die Beschäftigten mit 33,7 Stunden pro Woche deutlich kürzer als in den übrigen EU-Ländern. Zugleich zeigt sich der Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent in einer überdurchschnittlich guten Verfassung.

4. Normalarbeitszeit und Vollbeschäftigung neu denken

Sollen Erwerbsarbeit und die damit verbundenen Einkommen fair verteilt werden, kann die „neue Normalarbeitszeit“ also nicht bei 40 oder 38 Wochenstunden liegen, sondern unter Einbezug aller an Erwerbsarbeit interessierten Männer und Frauen nur auf dem Niveau von vielleicht 32 oder 30 Stunden pro Woche (oder einer entsprechenden Jahresarbeitszeit). Unter den heutigen Bedingungen ist Vollbeschäftigung also neu zu definieren und wäre dann erreicht, wenn allen interessierten Männern und Frauen Erwerbsarbeit (und entsprechende Einkommen) in der Größenordnung von 32 oder 30 Wochenstunden angeboten werden könnte. Erst wenn in späteren Jahren tatsächlich wieder mehr Erwerbsarbeitsplätze angeboten würden als nachgefragt werden, wäre ein gesellschaftlicher Diskurs darüber sinnvoll, ob die Normalarbeitszeit länger sein könnte oder müsste.

Diese neue Durchschnittsarbeitszeit von gegenwärtig etwa 32 Wochenstunden ist sicher nicht als starre Norm zu verstehen. Je nach wirtschaftlicher Situation, biographischer Phase und persönlichen Präferenzen könnte die individuelle Arbeitszeit flexibel gewählt und um den Mittelwert der „neue Normalarbeitszeit“ oszillieren. Wenn Kinder klein oder Alte pflegebedürftig sind, sollten Männer und Frauen kürzer arbeiten können und in anderen Lebensphasen länger.

Bei betrieblichen „Arbeitszeitabsenkungen zur Beschäftigungssicherung“ oder der Nutzung des neuen Teilzeitgesetzes wird bereits heute Geld gegen Zeit getauscht. Politik sollte diese Ansätze wirkungsvoll unterstützen. Die Diskussion um längere Arbeitszeiten sollte als nicht zielführend erkannt und beendet werden. In den Vordergrund der Debatte ist als neues Leitbild zu stellen: „kurze Vollzeit für alle“.

Beschäftigungsförderliche Arbeitszeitabsenkungen, wie sie in einem niedersächsischen Tarifvertrag angestrebt werden und durchschnittlich kürzere Arbeitszeiten sollten steuerlich gefördert werden. Andererseits wären Erwerbsarbeitszeiten, die deutlich über das gesellschaftlich verallgemeinerbare Maß hinausgehen, nur kurzzeitig zu akzeptieren, aber nicht länger zu belohnen.

Es gibt zwei Währungen für Wohlstand: Geld und Zeit. Bei dem vorgeschlagenen Politikwechsel fallen Verlust und Gewinn in unterschiedlichen Währungen an. Die jetzigen „Langarbeiter“ (meist Männer) verlieren Arbeitszeit und Einkommen, gewinnen aber freie Zeit. Bei der angestrebten durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit von etwa 30 Stunden in der Woche gewinnen Männer *und* Frauen einen bislang nie gekannten Zeitwohlstand. Dies wäre dann keine (oft negativ betrachtete) Teilzeit, sondern die neue Normalität: „*kurze Vollzeit für alle*“.

5. Gespaltene Gesellschaft oder Balance zwischen Arbeiten und Leben?

Wir können unsere Zukunft gestalten in der Politik, in Unternehmen, als Individuen und in den Familien. Mit der bewussten Verteilung von Erwerbsarbeit, aber auch von unbezahlter Arbeit für und mit Kindern, Alten und Freunden, im Haushalt und beim Engagement für gesellschaftlich nützliche zivilgesellschaftliche Aufgaben werden entscheidende Weichen gestellt: Wollen wir Arbeitszeitverlängerung für immer weniger Arbeitsplatzbesitzer oder eine gemeinsame Zukunft von möglichst vielen Menschen mit genügend materiellem Reichtum und auch mit Zeitwohlstand, ohne Spaltung der Gesellschaft zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, mit mehr Geschlechtergerechtigkeit und einer größeren Chance für alle auf eine befriedigende Balance von Arbeiten und Leben?

Email: spitzley@iaw.uni-bremen.de